



Gemeinsames Fortbildungsprogramm der rheinland-pfälzischen und saarländischen Justiz 2027

Tagung I-42

Wirtschaftsstrafrecht I

- Termin:** 21. Oktober 2027 (Donnerstag)
- Ort:** Schotten
- Zielgruppe:** Strafrichterinnen und Strafrichter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
- Inhalt:** Das Seminar Wirtschaftsstrafrecht richtet sich sowohl an Anfängerinnen und Anfänger mit wenig Berufserfahrung als auch an Fortgeschrittene, die sich über die weiteren Entwicklungen in diesem Rechtsgebiet informieren möchten.
- Dabei sollen auch interdisziplinäre Entwicklungen berücksichtigt werden, wie das Unternehmenssanktionsrecht, die (spezielle) Vermögensabschöpfung in Wirtschaftsstrafsachen, die (besondere) Aufgabenstellung der Strafverteidigung in Wirtschaftsstrafverfahren und die besonderen Herausforderungen an die Beweiserhebung und -auswertung von digitalen Daten und die „Beweisführung“ im Internet. Ein Schwerpunkt ist zudem die Hauptverhandlung in Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren. Beide Tagungen sind in den Themengebieten so abgestimmt, dass sie unabhängig, aber auch aufeinander aufbauend besucht werden können.
- In der diesjährigen Tagung werden u.a. folgende Themen erörtert:
- Einführung in das Steuerstrafrecht einschließlich der typischen Problembereiche in der Praxis
 - Einführung in die Verfolgung und Ahndung der Beitragsvorenthaltung nach § 266 a StGB (I.B.)
 - Die Hauptverhandlung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen (Dieses Thema wird in beiden Veranstaltungen behandelt)

- Revisionsrechtliche Anforderungen an das Urteil in Wirtschaftsstrafsachen (Dieses Thema wird in beiden Veranstaltungen behandelt)
- Die Konfliktverteidigung in Wirtschaftsstrafsachen aus der Sicht des Gerichts und die Strafverteidigung in Wirtschaftsstrafsachen
- Unternehmenssanktionsrecht

Referent: **Markus Weimann**
 Oberstaatsanwalt als Hauptabteilungsleiter
 Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Anmeldefrist: 15. April 2027
 für Interessierte aus Rheinland-Pfalz

Veranstalter: Hessen

Hinweis: Die Tagung wird in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat durchgeführt.